

8

83

Union in Deutschland

Bonn, den 24. Februar 1983

Der Endspurt beginnt

Die CDU in der Offensive

Am 6. März steht die wirtschaftliche Entwicklung des drittgrößten Industriestaates der westlichen Welt und das Schicksal von Millionen von Arbeitnehmern und die Sicherung ihrer Arbeitsplätze auf dem Spiel, stellte Heiner Geißler vor der Presse in Bonn fest. Deshalb wird die CDU bis zum 6. März die größte und intensivste Informationsoffensive ihrer Wahlkampfgeschichte durchführen.

Die CDU wird den beginnenden wirtschaftlichen und politischen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland zum zentralen Thema der Wählerentscheidung machen. Wegen der Tragweite und Bedeutung dieser Entscheidung für unser Land wird die CDU in den nächsten beiden Wochen in einem bisher noch nicht dagewesenen Umfang um das Ja der Bürger für diese Politik des Aufschwungs kämpfen.

Bis zum 6. März wird die CDU zehn Millionen Exemplare der Zeitung „CDU-extra“ verteilen, zusätzlich werden allen deutschen Zeitungen elf Millionen Informationsbroschüren über dieses zentrale Thema des Wahlkampfes beigelegt werden. Diese Information wird durch Hörfunk- und Fernsehspots und eine breit angelegte Anzeigenserie ergänzt und verstärkt.

(Fortsetzung Seite 2)

Noch
11 Tage
bis zur
Bundestagswahl

Wahlkampf-Telefon
(02 28) 54 43 60

Heute im Wahlkampf

■ WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

Wer am 6. März SPD wählt, gefährdet seinen eigenen Arbeitsplatz / Kommunen versichern zügige Bearbeitung von Baugenehmigungsanträgen / Bei Wahlsieg der Union Durchbruch in Genf

Seiten 3 bis 7

■ § 218

Heiner Geißler: Bundesregierung plant keine Änderung

Seite 8

■ AUFSCHWUNG

Gerhard Stoltenberg: Das Ausland erwartet Aufschwung nach dem Wahlsieg der Union

Seite 9

■ SICHERHEIT

Vogel kapituliert vor Bahr

Seite 11

■ DOKUMENTATION

Direktkandidaten- und Landeslisten
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Die rund eine Million Mitglieder der Union und ihrer Vereinigungen werden durch eine 23seitige aktuelle Dokumentation über die wichtigsten Argumente für den wirtschaftlichen und politischen Aufschwung informiert, um in Tausenden von Informationsveranstaltungen und Informationsgesprächen die Mehrheit der Bevölkerung für die Politik des Aufschwungs mit der CDU zu gewinnen.

Der ungewöhnliche Umfang der Schlusskampagne dieses Wahlkampfes entspricht der Notwendigkeit, die Wahlkampfauseinandersetzung mit der Sozialdemokratischen Partei auf die seit 1949 wichtigste innenpolitische Frage zu konzentrieren, ob nach dem 6. März der beginnende wirtschaftliche Aufschwung mit der CDU fortgesetzt werden kann oder ob die Bundesrepublik Deutschland mit der SPD in die Wirtschaftskrise zurückfällt.

Der Kern des Regierungsauftrages der neuen Regierung unter Helmut Kohl besteht in der Aufgabe, Deutschland aus der schwersten wirtschaftlichen Krise seit 1949 zu führen. Die Arbeitslosigkeit ist ein menschlich schwerwiegendes, aber auch ein politisch gefährliches Problem der 80er Jahre, das den sozialen Frieden und die politische Stabilität unseres Landes erschüttern kann. Die CDU ist der Auffassung, daß die deutsche Demokratie auf die Dauer mit Millionen-Arbeitslosigkeit nicht leben kann.

Um eine Gefährdung unserer Demokratie durch Massenarbeitslosigkeit zu verhindern und die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren wirksam zu bekämpfen, bietet der wirtschaftliche Aufschwung nicht die alleinige, aber die entscheidende Grundlage. Die neue Regierung hat dafür in wenigen Wochen die entscheidenden Voraussetzungen geschaffen. Der wirtschaftliche Aufschwung hat bereits begonnen.

Die CDU bestreitet der SPD nicht den Willen, wohl aber die Fähigkeit zur Bekämp-

fung der Arbeitslosigkeit. Die schwere wirtschaftliche Krise in der Bundesrepublik Deutschland hat als eigentliche Ursache die Überschuldungskrise der öffentlichen Haushalte, für die die Finanz- und Haushaltspolitik der Sozialdemokraten ab Mitte der 70er Jahre die Verantwortung trägt.

Die Vorschläge der SPD sind lediglich eine Neuauflage bisher gescheiterter Investitionsprogramme, die mit Schulden und Steuererhöhungen finanziert, die Überschuldungskrise und damit die Ursachen für die Wirtschaftskrise weiter verschärfen würden. Die SPD hat aus ihren Fehlern nichts gelernt. Sie setzt auf mehr Staat, auf Erhöhung der Staatsausgaben und will dies durch eine weitere Staatsverschuldung finanzieren. Die SPD will die Krise mit Rezepten heilen, die die Krise verursacht haben. Wer am 6. März SPD wählt, macht den Bock zum Gärtner.

Die CDU schlägt einen grundsätzlich anderen Weg vor, mit dem sie in der neuen Regierung bereits erfolgreich begonnen hat. Die CDU will die Ursache der Wirtschaftskrise, nämlich die Staatsverschuldung, bekämpfen und sie befindet sich damit in Übereinstimmung mit der Deutschen Bundesbank, mit dem Sachverständigenrat und mit den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten. Die CDU ruft alle Bürger auf, den beginnenden Aufschwung durch ein entsprechendes wirtschaftliches Verhalten und die richtige Wahlentscheidung am 6. März zu stärken.

Dieser wirtschaftliche Aufschwung kann nicht durch Klassenkampf und Verschärfung der Konfrontation zwischen den Tarifpartnern ermöglicht werden, sondern nur durch Partnerschaft in den Unternehmen und zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Wir rufen Unternehmer und Gewerkschaften auf, gemeinsam und nicht gegeneinander den beginnenden Aufschwung jetzt zu einer dauerhaften wirtschaftlichen Blüte unseres Landes werden zu lassen.

WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

Kommunen versichern zügige Bearbeitung

Die kommunalen Spitzenverbände haben dem Bundesinnenminister zugesichert, sich für die zügige Bearbeitung von Baugenehmigungsanträgen bei ihren kommunalen Mitgliedskörperschaften einzusetzen. Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund haben dem Parlamentarischen Staatssekretär Horst Waffenschmidt auf dessen entsprechende Initiative mitgeteilt, daß sie bei den Städten, Gemeinden und Kreisen darauf hinwirken wollen, die Baugenehmigungsverfahren so rasch wie eben möglich abzuwickeln, um auch auf diese Weise einen Beitrag zur Belebung der Bauwirtschaft und Überwindung der Arbeitslosigkeit zu leisten.

Die drei kommunalen Spitzenverbände wiesen zugleich darauf hin, daß eine Fülle von Vorschriften beachtet werden müssen. Diesen Tatbestand will das Bundesinnenministerium erneut zum Anlaß nehmen, um zusammen mit den anderen zuständigen Ministerien der Bundesregierung und in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Initiativen zur Überprüfung von

Ud 9/83 bereits am 1. März

Der Ud 9/83 erscheint bereits am Dienstag, 1. März 1983. Schwerpunkte dieser Ausgabe sind: Letzte Tips für den Wahlkampf, wichtige Hinweise für den Wahltag und die Woche nach der Wahl sowie Vergleichszahlen für die Wahl zum 10. Deutschen Bundestag.

LIEBE FREUNDE!

Die letzte Wahlkampfwoche liegt vor uns, jetzt geht es in den Endspurt. Wir führen diesen Endspurt unter dem Slogan „Jetzt den Aufschwung wählen“. Dabei lassen wir uns von gegnerischen Angriffen nicht beirren, sondern konzentrieren uns ganz darauf, den Wählern unsere Argumente — die besseren Argumente dafür, daß es mit Deutschland aufwärtsgeht — zu verdeutlichen. Noch drei Aktionen sollten Sie in den verbleibenden Tagen durchführen:

- Die letzte Wahlkampfzeitung „CDU extra“ mit der Schlagzeile „Wählen Sie den Aufschwung“ jetzt in die Haushalte bringen.
- Die TV-Flugblätter verteilen. Bereits die erste TV-Aktion am 17. Februar wurde in vielen Verbänden erfolgreich durchgeführt.

Am 2. und 4. März kommt es noch einmal darauf an: Nach der Runde der Generalsekretäre am Abend des 1. März werden am Morgen des 2. März, nach der Runde der Spitzenpolitiker am Abend des 3. März am Morgen des 4. März überall dort, wo viele Menschen zusammenkommen, unsere TV-Flugblätter verteilt.

- Den Plakataufkleber „Jetzt den Aufschwung wählen“, der Ihnen Anfang der Woche zugeht, auf die Parteiplakate kleben.

Die letzten Tage sind aber auch die Zeit für die kleinen Aktionen eines jeden Mitglieds in seinem Umfeld:

Kleinanzeigen in der Tageszeitung oder den Anzeigenblättern; das Telefonat oder Brief an Bekannte, die noch nicht sicher sind in ihrer Wahlentscheidung; und immer wieder das persönliche Gespräch im Freundes- und Kollegenkreis.

Peter Radunski

(Peter Radunski)

Vorschriften und Auflagen voranzutreiben. Horst Waffenschmidt stellt in diesem Zusammenhang fest, daß sich nach Angaben zahlreicher kommunaler Körperschaften die Zahl der Bauanträge auch im Januar 1983 im Vergleich zum Januar 1982 deutlich erhöht hat. In zahlreichen Kreisen liegen die Zunahmen über 40 %, in einigen Kreisen bei 70—100 %.

Entwicklungshilfe soll Arbeitsplätze sichern

Aus Anlaß der Vorlage des fünften Entwicklungspolitischen Berichts der Bundesregierung hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, die „von der Regierung Kohl ge-

Ins Schwarze

Tag um Tag verstärkt Moskau jetzt die Kampagne gegen die Union und auch hier und da gegen die FDP, in der Hoffnung, durch drohende Töne von einem Atomkrieg deutsche Wähler einschüchtern zu können. Es bereitet bei dieser Einmischung, die man der sowjetischen Politik vorwerfen muß, trotzdem fast Vergnügen, die eifrige Beflissenheit jener in Deutschland zu beobachten, die hoffen, sie könnten Nutznießer fremder Zensuren und Kommentare sein. Kaum hat einer der amtlichen Schreiben in der „Prawda“, bei Radio Moskau oder in Prag eine neue Verrenkung vorgeführt, um die Friedensaufgabe des eigenen Raketenarsenals zu loben und die westlichen, bisher nur auf dem Papier stehenden Absichten streng zu tadeln, so verrenken sich hierzulande Leute wie Bahr, Vogel und Brandt, um ganz ernsthaft zu fordern, daß der Moskauer „Sicherheitspartner“ über weit mehr Raketensysteme, Flugzeuge und Panzer verfügen dürfte als die NATO.

MdB Werner Marx

setzten neuen Akzente in ihrer konkreten Entwicklungspolitik“ erläutert. Danach soll die Hilfe für die Dritte Welt stärker an die deutsche Wirtschaft in die Bundesrepublik zurückfließen und „einige tausend“ neue Arbeitsplätze schaffen.

Darüber hinaus will die neue Regierung durch ein erweitertes Beratungsprogramm mittelständische Strukturen und einen privatwirtschaftlichen Industrialisierungsprozeß in den Entwicklungsländern fördern. Die Kirchen erhalten mehr Mittel für ihre Entwicklungsarbeit und können mit vereinfachten Bewilligungsverfahren rechnen. Ebenso verstärkt werden sollen die betrieblichen Ausbildungsprojekte deutscher Unternehmen in Entwicklungsländern. Außerdem soll durch Kombination staatlicher Gelder mit Krediten (Mischfinanzierung) die Wirksamkeit der zur Verfügung stehenden Finanzmittel erhöht werden, ohne allerdings die Außenverschuldung der Empfängerländer zu verschärfen.

SPD-Propaganda Gift für die Wirtschaft

Zu den erneuten Behauptungen der SPD über einen angeblichen Investitionsstreik erklärt Heiner Geißler: Die Sozialdemokraten haben mit dem Begriff Investitionsstreik ein Gerücht in die Welt gesetzt, das von Übertreibungen trieft. Sicher gibt es den einen oder anderen Unternehmer, der mit seinen Investitionen abwartet, bis die Wahl vorbei ist. Dafür muß man Verständnis haben, denn die Angst in den Unternehmen vor einer Wirtschaftspolitik der Sozialdemokraten, ist beeinflusst durch Grün-Alternative, ist groß.

Diese Angst haben nicht nur die Unternehmer, sondern genauso die Betriebsräte, vor allem aber die Arbeitslosen. Sie

(Fortsetzung Seite 6)

Wer am 6. März SPD wählt, gefährdet seinen eigenen Arbeitsplatz

Der Bundesvorstand der CDU hat sich auf seiner Sitzung am 21. Februar 1983, wie Heiner Geißler vor der Presse mitteilte, zu einem ungewöhnlichen Schritt entschlossen. Er appelliert an die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei, am 6. März CDU zu wählen. Der Bundesvorstand macht die Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratischen Partei darauf aufmerksam, daß der SPD-Kanzlerkandidat Vogel in der Außenpolitik wie in der Wirtschaftspolitik den Kurs des früheren Bundeskanzlers Helmut Schmidt verlassen hat.

1. Die Vogel-SPD ist nicht mehr die Schmidt-SPD. Vogel führt die Sozialdemokratische Partei in die außenpolitische Isolierung. Das sozialistische Frankreich, das konservative England und Amerika lehnen den Vogel-Kurs ab und wünschen, daß die Bundesrepublik Deutschland unter der Führung der Union und Bundeskanzler Helmut Kohl ein berechenbarer und zuverlässiger Partner des Westens bleibt. Eine Regierung mit einem Außenminister Bahr wäre in den Augen der westlichen Bündnispartner nicht nur ein Sicherheitsrisiko für das westliche Bündnis, sondern vor allem ein Sicherheitsrisiko für jeden Bürger.

Vogel hat seine Bereitschaft erklärt, nach der Bundestagswahl punktuell mit den Grünen und Alternativen zusammenzuarbeiten und sich notfalls von ihnen auch zum Kanzler wählen zu lassen. Diese Anbiederung von Vogel an die Grünen und die neutralistische Bewegung schafft in der SPD wachsendes Unbehagen, und es scheint im Moment nur einer froh zu sein über den Vogel-Kurs, der Generalsekretär

der KPdSU, Andropow, dessen Ausführungen beim Vogel-Besuch nun verständlich werden: „Wir hoffen, daß Sie an die Regierung kommen.“ Wir appellieren an die SPD-Wähler und SPD-Anhänger, dieser Hoffnung der Sowjetunion bei der Wahl am 6. März eine Abfuhr zu erteilen.

2. Der Bundesvorstand der CDU wendet sich an die Arbeiter und Angestellten, aber vor allem auch an die Arbeitslosen, mit ihrer Stimme den beginnenden Aufschwung zu unterstützen. Auch in der Wirtschaftspolitik verläßt die Vogel-SPD den Kurs von Helmut Schmidt und macht mit den rotgrünen Maschinenstürmern gemeinsame Sache. Jede Aufschwungprognose, ob sie nun vom Handel, den Banken oder den Gewerkschaften kommt, wird von der SPD zeredet, obwohl doch klar sein müßte, daß der beginnende Aufschwung die Unterstützung aller braucht: ein Aufschwung für alle durch alle.

Wir appellieren an die Arbeitslosen und an die Arbeitnehmer, sich genau zu überlegen, wem sie in der nächsten Legislaturperiode zutrauen, daß Wirtschaft und Finanzen wieder in Ordnung kommen. Die SPD, die ehemalige deutsche Arbeiterpartei, ist zur deutschen Angstpartei geworden. Angst schafft keine neuen Arbeitsplätze, Angst schafft keinen neuen Wohlstand, Angst schafft keine Sicherheit.

Vogel und seine Führung wollen die Spargesetze und die Wohnungspolitik wieder beseitigen und noch höhere Schulden machen. Damit würde wieder die Talfahrt beginnen. Der Bundesvorstand der CDU warnt aus diesen Gründen die deutschen

(Fortsetzung Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 4)

wissen genau, daß eine SPD-Wirtschaftspolitik, gesteuert oder beeinflußt von den Grün-Alternativen, die Wirtschaftskrise verschärfen und noch mehr Arbeitslose produzieren würde.

Da die überwiegende Mehrheit der Unternehmer investieren will, ist das von der SPD in die Welt gesetzte Gerücht des Investitionsstreiks Gift für die Wirtschaft. Ganz besonders jetzt, da sich die Anzeichen für einen beginnenden Wirtschaftsaufschwung mehren: Die Zinsen fallen, die Mark gewinnt an Wert, die Preise werden stabiler, die Zahl der Bauanträge nimmt zu. Was wir jetzt brauchen ist nicht klaskämpferische Auseinandersetzung, sondern Partnerschaft in den Betrieben.

Hält die SPD in NRW Baugelder zurück?

Der nordrhein-westfälische Minister für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel (SPD), der mit heftigen Attacken gegen die Bonner Bundesregierung nicht gerade geizt, muß sich schwere Vorwürfe gefallen lassen. Der Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Wolfgang Jäger (CDU) stellte fest, die Düsseldorf SPD-Landesregierung unter-

(Fortsetzung von Seite 5)

Arbeitnehmer: Wer am 6. März SPD wählt, gefährdet seinen eigenen Arbeitsplatz.

3. Der Bundesvorstand der CDU fordert die Bürger auf, beide Stimmen der CDU zu geben. Er erinnert daran, daß die zweite Stimme die wichtigste Stimme ist. Die Zweitstimme entscheidet die Wahl. Von ihr hängt die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages ab. Die CDU fordert alle Wähler auf, mit der zweiten Stimme keine Experimente zu machen, sondern beide Stimmen der CDU zu geben.

laufe die Bemühungen der Regierung Kohl, den Wohnungsbau weiter zu beleben.

Obwohl der Landeshaushalt 1983 schon seit dem 18. Januar in Kraft sei, stünden die Gelder für den sozialen Wohnungsbau einen Monat später immer noch nicht zur Verfügung. Jäger warf dem SPD-Kabinetttvor, es sei nicht bereit, mit zur Ankurbelung der Baukonjunktur beizutragen: „Offensichtlich ist die Landesregierung aus wahltaktischen Gründen eher gewillt, unnötige Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hinzunehmen, als den schwerfälligen Verwaltungsbetrieb in Gang zu bringen.“

Der CDU-Parlamentarier hatte den Regierungspräsidenten in Münster schriftlich gebeten, die Wohnungsbaumittel sofort an die Bewilligungsbehörden weiterzuleiten. Durch die Antwort aber erfuhr er, daß Mitte dieses Monats die entsprechenden Entscheidungen des Ministers für Landes- und Stadtentwicklung, Christoph Zöpel, noch nicht vorlagen. „Und dies, obwohl die Wohnungswirtschaft zur Sicherung von Arbeitsplätzen im Baugewerbe dringend auf die Freigabe der Landesmittel angewiesen ist.“

Bei Wahlsieg der Union Durchbruch in Genf

Bei einem Wahlsieg der Unionsparteien am 6. März besteht nach Ansicht des abrüstungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Jürgen Todenhöfer, begründeter Anlaß zu der Hoffnung, daß es in Genf zu einem Durchbruch bei den

Mittelstreckenraketen-Verhandlungen kommt. Nach Gesprächen in Genf mit den Chefunterhändlern der Großmächte, Paul Nitze (USA) und Juri Kwizinski (UdSSR), begründete Todenhöfer seinen Optimismus mit der Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft der USA auf der

Anzeigen- und TV/Hörfunk-Termine bis zum 6. März

Am 24. Februar erscheint in allen regionalen Tageszeitungen eine Anzeige, die auf die Gefahren eines rotgrünen Bündnisses hinweist. Die Anzeige wird am 25. Februar in der Bild-Zeitung geschaltet.

In der letzten Woche des Wahlkampfes ist die CDU dreimal in den regionalen Tageszeitungen, der FAZ, Welt und der Bild-Zeitung mit einer Anzeige vertreten. Am Montag, dem 28. Februar, sowie am 4. und 5. März.

TV

ARD	26. Februar, 18.57 Uhr
ZDF	26. Februar, 19.21 Uhr
ZDF	28. Februar, 21.20 Uhr
ARD	3. März, 20.15 Uhr
ZDF	3. März, 19.21 Uhr

Hörfunk

NDR/WDR 1	25. Februar, 18.25 Uhr	1. März, 12.05 Uhr	4. März, 18.25 Uhr
NDR 2	24. Februar, 14.55 Uhr	2. März, 14.55 Uhr	
WDR 2	24. Februar, 11.55 Uhr	2. März, 11.55 Uhr	
HR 1	25. Februar, 6.20 Uhr	1. März, 17.55 Uhr	4. März, 6.20 Uhr
SR 1	25. Februar, 10.05 Uhr	28. Februar, 12.05 Uhr	

SR 3

SWF 1

SWF 3

SDR 1

SDR 3

Radio Bremen

DLF

ARD/ZDF:

ARD/ZDF:

3. März,	10.05 Uhr
4. März,	12.05 Uhr
24. Februar,	14.05 Uhr
2. März,	14.05 Uhr
4. März,	9.05 Uhr
1. März,	7.27 Uhr
3. März,	7.27 Uhr
24. Februar,	13.06 Uhr
2. März,	13.06 Uhr
4. März,	13.06 Uhr
24. Februar,	19.27 Uhr
25. Februar,	12.57 Uhr
28. Februar,	12.57 Uhr
1. März,	19.27 Uhr
3. März,	12.57 Uhr
4. März,	13.03 Uhr
24. Februar,	16.52 Uhr
1. März,	11.57 Uhr
2. März,	16.52 Uhr
4. März,	11.57 Uhr
25. Februar,	18.30 Uhr
3. März,	18.30 Uhr
1. März,	20.15 bis 22.15 Uhr, Live-Diskussion der Generalsekretäre bzw. Bundesgeschäftsführer
3. März,	20.18 Uhr ohne zeitliche Begrenzung, Live-Diskussion der Spitzenkandidaten bzw. Vorsitzenden der vier Bundestagsparteien

einen und den „großen Verhandlungsspielraum“ der Sowjetunion auf der anderen Seite.

In der deutschen Öffentlichkeit sei weitgehend unbekannt, daß Kwizinski bereits im vergangenen Sommer eine sowjetische Kompromißbereitschaft auf der Basis von 75 zu 75 Mittelstreckensystemen „signalisiert“ habe. Unter diesem Angebot sei die

Sowjetunion bereit gewesen, ihre SS-20-Mittelstreckenraketen auf 75 Stellungen zu reduzieren, falls der Westen nur noch 75 Marschflugkörpersysteme — mit je vier Geschossen — aufstellen würde. Dabei habe Kwizinski die sowjetische Forderung nach Berücksichtigung der französischen und britischen Atomwaffen stillschweigend fallengelassen.

■ DIE SPD SAGT, RICHTIG IST

Bundesregierung plant keine Änderung des § 218

Die Bundesregierung hat eine interministerielle Arbeitsgruppe zum Schutz des ungeborenen Lebens eingesetzt, die unter Federführung des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Heiner Geißler, steht und der außerdem das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, das Bundesministerium der Justiz und das Bundesministerium des Innern angehören. Aufgabe der Arbeitsgruppe ist zu prüfen, welche Verbesserungen bei der Beratung und Hilfe für schwangere Frauen notwendig und möglich sind.

Aus dem Auftrag an die Arbeitsgruppe und deren Arbeiten wird deutlich, wo angesetzt werden soll, um den Schutz des ungeborenen Lebens zu verbessern, insbesondere die Zahl sozial-indizierter Schwangerschaftsabbrüche soweit wie möglich zu vermindern. Es geht darum, schwangeren Frauen in sozialen Notlagen besser als bisher zu helfen. Diese Aufgabe kann das Strafrecht nicht lösen.

Die neue Bundesregierung plant keine Änderung des § 218. Die jetzige Regelung ist mit den Stimmen der überwiegenden Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion verabschiedet worden.

Alle gegenteiligen Behauptungen der SPD sind nichts anderes als Versuche, die viele Menschen berührende Frage des § 218 zu einem parteitaktischen Wahlkampfinstrument der SPD zu mißbrauchen. Auch hier erweist sich die SPD als die Partei der Unwahrhaftigkeit und der Wählertäuschung.

Ob auch in Zukunft legale Schwangerschaftsabbrüche von den Krankenkassen finanziert werden können, hängt nicht von der Bundesregierung oder dem SPD-Kandidaten Vogel ab, sondern von einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, bei dem diese Frage von einer Bürgerin anhängig gemacht worden ist. Die CDU wird sich, und ich bin davon überzeugt auch die SPD, an eine solche Entscheidung halten.

Die Arbeitsgruppe wird in den nächsten Wochen Gespräche mit den beiden Kirchen, den Ländern, den Trägern von Beratungsstellen, Ärzten bzw. Ärzteverbänden führen, um alle politischen Entscheidungen zu beraten, die verhindern helfen, daß in einem Land mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,5 Billionen DM aus wirtschaftlichen oder sozialen Gründen ungeborenes Leben gefährdet wird. Die Arbeitsgruppe wird auch auf Erfahrungen zurückgreifen, die im Ausland mit Beratungsangeboten gesammelt wurden, sobald ein vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in Auftrag gegebenes Forschungsprojekt abgeschlossen ist.

Der SPD ist es offenbar nicht ernst mit ihrer Ankündigung, sie wolle das Beratungsangebot für schwangere Frauen ausbauen und verbessern. Während Frau Eva Rühmkorf aus Vogels Wahlkampfmannschaft dies landauf, landab verkündet, werden in dem größten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein-Westfalen, vom dortigen SPD-Sozialminister Friedhelm Farthmann die Mittel für Beratungsstellen zusammengestrichen.

■ DEM WÄHLER SAGEN

Ausland erwartet Aufschwung nach Wahlsieg der Union

Wirtschaftsexperten und Politiker der westlichen Industrienationen erwarten bei einer Bestätigung der von Helmut Kohl geführten Bundesregierung am 6. März einen zusätzlichen wirtschaftlichen Aufschwungsimpuls, der auch anderen Ländern zugute kommt. Darauf hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg in einem Interview hingewiesen, das er der „WELT am SONNTAG“ vor seinem Rückflug aus Washington gab. Dort hatte er zwei Tage lang an Beratungen von 22 Finanzministern und Notenbankpräsidenten des Internationalen Währungsfonds (IWF) teilgenommen. Der Wortlaut des Interviews:

Frage: *Wie war das Klima der Gespräche mit Ihren Ministerkollegen aus den größten westlichen Industriestaaten?*

Stoltenberg: Die Sitzung des IWF war gekennzeichnet von dem gemeinsamen Willen aller beteiligten Länder, die schwerwiegenden Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer zu meistern und in den Industrieländern den eingeschlagenen Kurs für Stabilität und wirtschaftliche Gesundung zu festigen.

Die westlichen Industrieländer und die Entwicklungsländer haben sich in Washington geeinigt, die Eigenmittel des IWF um 50 Prozent auf fast 100 Milliarden Dollar zu erhöhen.

Die Bundesregierung hat bei diesen Entscheidungen sowohl im Vorfeld als auch in der Konferenz selbst aktiv mitgewirkt.

Ein Teil der Entscheidungen ist erst durch ihre Vermittlerrolle möglich geworden. Sie trägt damit weltweit für ein funktionierendes Weltwirtschafts- und Währungssystem Verantwortung. Aber sie hat auch im eigenen Interesse als zweitgrößte Handelsnation gehandelt.

Frage: *Wie schätzen Sie nach Ihren Gesprächen die Konjunktur, Preis- und Zinsentwicklung in nächster Zeit ein?*

Stoltenberg: Ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland gibt es auch in einer Reihe anderer Länder, insbesondere auch in den USA, ermutigende Zeichen einer wirtschaftlichen Belebung.

Die Ministerkonferenz hat ausdrücklich festgestellt, daß die Erfolge bei der Bekämpfung der Inflation und die Anstrengungen zur Eindämmung der Haushaltsdefizite die Basis für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen haben.

Diese Erfolge — verbunden mit sinkenden Ölpreisen — rechtfertigen die Erwartungen auf eine weitere Besserung der Wirtschaftslage und auch auf weitere Zinssenkungen.

Frage: *Die Bundesbank hat in ihrem neuen Monatsbericht festgestellt, der private Verbrauch in Deutschland habe im vierten Quartal des letzten Jahres seit langem erstmals wieder zugenommen. Führen Sie das auf den Regierungswechsel zurück?*

Stoltenberg: Die Bundesregierung hat mit ihrem wirtschafts- und finanzpolitischen Dringlichkeitsprogramm die Weichen ein-

deutig auf die Gesundung der Wirtschaft, die Sanierung der Staatsfinanzen und die schrittweise Überwindung der Arbeitsmarktprobleme gestellt. Dies hat neues Vertrauen bei den Bürgern und in der Wirtschaft geschaffen, das jetzt auch das private Verbrauchsklima verbessert.

Die Bundesregierung hat durch eine Reihe von Entscheidungen, vor allem aber durch die damit ermöglichten Zinssenkungen bessere Voraussetzungen für den Verbrauch geschaffen. Die Kaufkraft der privaten Haushalte wird auch durch den Rückgang der Inflationsrate gestärkt.

Frage: Die Bundesbank erklärt zudem, trotz wachsender Aufträge sei die Ertragschwäche der Wirtschaft noch nicht überwunden. Was werden Sie dagegen tun?

Stoltenberg: Wir werden erstens unseren Beitrag dazu leisten, die Bedingungen für weitere Zinssenkungen zu verbessern. Wir werden zweitens über die bisherigen steuerpolitischen Maßnahmen hinaus ab 1984 weitere steuerpolitische Entlastungen für die gewerbliche Wirtschaft, insbesondere für den Mittelstand, vornehmen. Wir haben dies in unserem Wahlprogramm im einzelnen deutlich gemacht.

Drittens müssen auch die Tarifpartner bei ihren Entscheidungen die notwendige Ertragsverbesserung der Unternehmer berücksichtigen. Mit unserer vermögenspolitischen Initiative werden wir den Tarifpartnern die Möglichkeit geben, die Kapitalausstattung der Wirtschaft zu verbessern.

Aufgespießt

„Die auf uns gerichteten russischen SS-20-Raketen sind süß. Die amerikanischen Pershing 2 — wenn sie aufgestellt werden sollten — sind grausam!“

Leserbrief an den „Spiegel“ (7/83)

Vorher und nachher: SPD und Grüne

In Hamburg hatte der SPD-Bürgermeister von Dohnanyi noch im ersten Halbjahr 1982 eine klare Meinung: „Die Grünen — wer sind die? Die existieren für mich nicht!“ In der zweiten Jahreshälfte verhandelte er mit ihnen vier Monate über die Tolerierung seines Senates.

In Hessen verwies Holger Börner die Grünen vor den Wahlen in die Nähe von Faschisten. Fotos, die ihn mit den Grünen an einem Verhandlungstisch zeigten, wurde es nicht einmal als Fotomontage gegeben. Nach den Wahlen erkaufte er sich ihre Tolerierung seiner geschäftsführenden Ministerpräsidentenschaft — der Preis: wohlwollende Prüfung einer Amnestie für Gesetzesbrüche, die Herr Börner noch vor den Wahlen mit der Dachlatte regulieren wollte.

In Bonn strebt jetzt der SPD-Kandidat Vogel nach Regierungsmacht. Er scheint sich weniger zu zieren. Sein Ziel: Chef einer SPD-Minderheitsregierung mit Unterstützung der Grünen. Sagt er. Er sagt aber auch, die SPD werde eine Minderheitsregierung der Union tolerieren. Rein rechnerisch ist dies aber nur denkbar, wenn die Grünen anstelle der FDP ins Parlament kommen. Dabei aber — so der Kandidat Vogel — will er ja mit Hilfe eben dieser Grünen Kanzler werden.

Hier tanzt ein Kandidat den Wählern auf der Nase herum, erklärt hierzu der parlamentarische Geschäftsführer der CDU Wolfgang Schäuble: Nach dem Motto „Was ihr wollt“ bietet der jedem Bürger an, was dem gefallen mag: mal mit den Grünen, mal gegen sie; mal Tolerierung einer Minderheitsregierung der Union, mal SPD-Regierung mit Hilfe der Grünen. Herr Vogel macht Prinzipienlosigkeit zum politischen Programm.

DEM WÄHLER SAGEN

Vogel kapituliert vor Bahr

Egon Bahrs „Vorwärts“-Artikel gegen die Möglichkeit einer Zwischenlösung bei den Genfer Verhandlungen ist in Wirklichkeit ein unverhülltes Plädoyer für die Aufrechterhaltung des eurostrategischen Übergewichts der Sowjetunion, das die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitsgarantie in der Bundesrepublik Deutschland erschüttern soll. Der entscheidende Maßstab bei der Beurteilung der Genfer Verhandlungsergebnisse für die Bundesregierung dagegen ist die zuverlässige Erhaltung des Friedens durch die gleiche Sicherheit für West und Ost — nicht also diese oder jene Waffenzählerei, stellt Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, fest.

Sollte eine beiderseitige Nulllösung für die landgestützten Mittelstreckenpotentiale der beiden Kernwaffengroßmächte — also die ideale Wiederherstellung des Gleichgewichts ohne die bisherige sowjetische Vorrüstung und ohne die geplante amerikanische Nachrüstung — in Genf am Widerstand der Sowjetunion scheitern, muß als zweitbestes Ergebnis eine amerikanische und sowjetische Null-Plus-Lösung beider Seiten möglich sein, die das eurostrategische Gleichgewicht wiederherstellt. Indem Egon Bahr auch diese Möglichkeit von vornherein ablehnt, fordert er den Abbau der Fundamente unserer Sicherheit. Gleichzeitig setzt er die Chancen ausgewogener Abrüstung im Sinne des westlichen Verhandlungskonzepts aufs Spiel. Seit den Kämpfen um den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atlanti-

schon Bündnis vertrat Egon Bahr beharrlich und zielstrebig einen Kurs des National-Neutralismus. Daß Egon Bahr sich als Patriot mit der Teilung Deutschlands nicht abfinden will, ehrt ihn; daß er aber zur Überwindung der Teilung der SPD einen Kurs schrittweiser Abkopplung von der Garantiemacht unserer Freiheit durchsetzt, alarmiert zu Recht alle Verantwortlichen der westlichen Welt.

Egon Bahr ist ein Überzeugungstäter, dessen strategisches Ziel offen zu Tage liegt: die Überwindung der Adenauer'schen West- und Deutschlandpolitik durch eine konsequente Distanzierung von den USA und eine ebenso konsequente Annäherung an die Sowjetunion. Dabei verschweigt er die beiden entscheidenden Tatsachen:

1. Moskau will zwar keinen Krieg in Europa entfesseln, aber die nicht-nukleare Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlins in einem Prozeß wachsender Einschüchterung mit Druck, Drohung und Erpressung politisch gefügig machen.

Voraussetzung dafür ist — bei formaler Hinnahme der deutschen Bündniszugehörigkeit — die innere Abwendung Deutschlands von Amerika und der militärische wie psychologische Abbau der Glaubwürdigkeit der Schutzzusagen Amerikas.

2. Washington galt bis zum Abtritt Helmut Schmidts am 1. Oktober 1982 auch für die SPD — von Ausnahmen wie Egon Bahr und seinen Gesinnungsgenossen abgesehen — wie selbstverständlich als Garant eines stabilen äußeren Friedens und unserer inneren Widerstandsfähigkeit gegen die Expansion des sowjetischen Einflusses auf die Bundesrepublik Deutschland.

Egon Bahr schien bisher die Ausnahme in der SPD: mit Jochen Vogel ist er die Regel geworden.

Am Wahltag

Fahrdienst

Zur festen Einrichtung gehören inzwischen die Fahrdienst-Angebote der CDU. In diesem Jahr, wo mit Schnee und Eis am Wahltag gerechnet werden muß, kommen ihnen ganz besondere Bedeutung zu. Viele ältere Menschen vor allen Dingen könnten sich dadurch noch in letzter Minute davon abhalten lassen, den eigentlich vorgesehenen Weg ins Wahllokal zurückzulegen. Aber auch Behinderte sind auf unsere Hilfe angewiesen. Ein solcher Fahrdienst ist aber nur dann Werbung für die CDU, wenn dabei alles so organisiert ist, daß eigentlich nichts schiefgehen kann.

Darauf sollten Sie achten:

- Die ununterbrochene Besetzung der Telefone in der Zentrale sicherstellen
- Für ausreichend Fahrer und Fahrzeuge sorgen
- Den kontinuierlichen Kontakt der Fahrer mit der Zentrale gewährleisten
- Auffällige Werbung ein oder zwei Tage zuvor für Ihren Service durch Anzeigen, Flugblätter und Pressemitteilungen

Freundschaftsdienste

Ohne organisatorische Vorbereitung kann jedes einzelne Mitglied Gebrechlichen oder Gehbehinderten im Bekanntenkreis anbieten, sie im Auto mit ins Wahllokal zu nehmen. Rufen Sie am Sonntag diejenigen an, die dafür in Frage kommen und stellen Sie Ihre Hilfe zur Verfügung.

Auszählungsbeobachter

Sorgen Sie dafür, daß nach Schließung der Wahllokale in jedem Stimmbezirk ein Mitglied die Auszählung beobachtet.

■ MITTELSTAND

Keine Leihstimmen für die FDP

Der Bundesvorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Gerhard Zeitel, warnt eindringlich vor einem Stimmensplitting zugunsten der FDP. Da die FDP besonders in mittelständischen Wählerschichten auf ihre „Zweitstimmen-Kampagne“ setzt, weist Zeitel die Mittelständler darauf hin, daß diese Taktik das parlamentarische Überleben der FDP keineswegs garantiert und möglicherweise eine regierungsfähige Mehrheit der Union verhindert.

Des Weiteren konnte in der Vergangenheit festgestellt werden, daß in jedem Wahlkampf sich die FDP des Mittelstandes mit wohlklingenden Worten annimmt, denen keine Taten folgen. Versprochen und nicht Wort gehalten — nur so kann man das Verhalten der FDP gegenüber dem Mittelstand bezeichnen. Die folgenden Beispiele machen dies deutlich:

Mittelstandsförderung

Schöne Worte:

Liberaler Mittelstandspolitik ist Strukturpolitik mit dem Ziel, ein gesamtwirtschaftlich ausgewogenes Verhältnis zwischen Klein-, Mittel- und Großbetrieben herzustellen. Wichtigste Aufgabe muß es dabei sein, Wettbewerbsverzerrungen . . . zu beseitigen. (Aus Grundsätze liberaler Wirtschaftspolitik, beschlossen auf dem 23. FDP-Parteitag in Freiburg.)

Keine Taten:

Das von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits zweimal im Deutschen Bundestag eingebrachte Bundesmittelstands-

Bis zum Wahltag

Das persönliche Gespräch

Bis zur letzten Minute gilt, daß ungeachtet noch so guter Werbemittel das persönliche Gespräch die beste Form der Wähleransprache darstellt. Auf diese Weise können die Bürger am ehesten überzeugt werden, weil sie direkt und unmittelbar Antworten auf ihre ganz individuellen Fragen erhalten und weil wir mit der Gesprächsführung die wirklich wichtigen Themen und die herausragende Bedeutung dieser Wahl ansprechen können.

Gelegenheit zu solchen Gesprächen gibt es überall, sie müssen nicht gleich über mehrere Stunden geführt werden. Den Kurzdialog können Sie in der Straßenbahn, auf dem Weg zur Arbeit, in der Mittagspause, beim Gespräch auf der Straße oder über den Gartenzaun, auf dem Fußballplatz, in der Stammkneipe, in der Sauna, mit dem Handwerker, am Imbißstand und so weiter führen. Lassen Sie keine Gelegenheit aus. Jedem muß klar gemacht werden, daß es nur mit der CDU wieder aufwärts geht.

Ihr letzter Wahltreff '83

Noch können Sie — auch kurzfristig — die ernste politische Auseinandersetzung mit einem geselligen Rahmen verbinden. Bitten Sie Ihre Freunde und Bekannten zu einem Wahltreff '83. Dabei laden Sie diejenigen ein, von denen Sie wissen oder annehmen, daß sie in ihrer Wahlentscheidung noch unentschieden sind. Wenn Ihr Kandidat an dem Abend nicht durch andere Wahltermine verhindert ist, wird auch er gern für ein bis zwei Stunden Ihr Gast sein. Erschlagen Sie Ihre Besucher jedoch nicht durch ein Großaufgebot von Parteimitgliedern als Diskussionspartner.

förderungsgesetz wurde bislang von der FDP abgelehnt.

Bekämpfung der Schwarzarbeit

Schöne Worte:

Die FDP-Fraktion tritt im Rahmen ihrer Mittelstandspolitik für eine wirksame Verschärfung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit ein (FDP-Bundestagsabgeordneter Hans Gattermann am 28. Oktober 1978).

Keine Taten:

Bis heute hat die FDP in den Ausschüssen des Deutschen Bundestages dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion zur schärferen Bekämpfung der Schwarzarbeit ihre Zustimmung nicht gegeben.

Renten

In dem Interview „**Sieben Fragen an Bundesarbeitsminister Norbert Blüm**“ hat sich ein bedauerlicher Fehler eingeschlichen. In der Antwort auf die 2. Frage muß es richtig heißen: „Die Rentner erhalten am 1. Juli 1983 eine Rentenerhöhung von **5,6 Prozent**“ (nicht 6,5 Prozent). Ihre Beteiligung an der Rentnerkrankenversicherung in Höhe von 1 Prozent hatte die alte Regierung auch schon zum 1. Januar 1983 vorgesehen. Wir verschieben sie ebenfalls auf den 1. Juli 1983, so daß dann die Renten im Ergebnis **um 4,6 Prozent** steigen. (Aus dem letzten Satz geht bereits hervor, daß es sich bei der ersten Zahl nur um einen Fehler handeln konnte.)

Zur Sache:

Was würde aus Deutschland, wenn Hans-Jochen Vogel regiert?

Hans-Jochen Vogel und die SPD wollen mit einem Programm die Krise bewältigen, mit dem die SPD in den letzten 13 Jahren unser Land in die Krise hat treiben lassen:

– Vogel und die SPD würden den beginnenden Aufschwung wieder abwürgen, unser Land in den wirtschaftlichen Ruin treiben und so die soziale Sicherheit gefährden.

– Vogel und die SPD würden mit ihrer Schaukelpolitik zwischen Ost und West die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Die französische Tageszeitung "Le Monde" warnte am 17. Januar 1983: "Man kann es nicht deutlicher sagen: Die sowjetische Strategie setzt auf den Sieg des sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten, Herrn Vogel ..."

– Vogel und die SPD würden unser Land einem rotgrünen Pakt ausliefern. So wie sich Vogel jetzt um die Stimmen der grünen Wähler bemüht, so würde er sich

nach der Wahl um die Stimmen der grünen Abgeordneten bemühen.

"Die Grünen müssen sich fragen, ob sie lieber einen Bundeskanzler Kohl oder mich wollen. ... Ich habe noch nie Stimmen zurückgewiesen, die mir ... gegeben worden sind."
(Vogel in "Die Bunte", 2. Dezember 1982)

Vogel war nicht gut für München: Als er München verließ, war die SPD eine zerstrittene und radikale Partei..

Vogel war nicht gut für Bonn: Als zuständiger Minister war er verantwortlich für das "am schlechtesten und unsozialsten funktionierende Mietrecht" (*Süddeutsche Zeitung*, 31.12.1982) und für den Zusammenbruch des Wohnungsbaus.

Vogel war nicht gut für Berlin: Während seiner 100 Tage als Regierender Bürgermeister wurde täglich ein Haus besetzt.

Vogels politische Bilanz ist negativ. Seine Politik wirft uns zurück in die Krise.

Helfen Sie mit, daß es in Deutschland weiter aufwärts geht.
Wählen Sie jetzt den Aufschwung.

Mit beiden Stimmen für die CDU!

CDU

**/// sicher
sozial
und frei**

Zur Sache:

Die Zweitstimme entscheidet die Wahl

Am 6. März haben Sie zwei Stimmen:

Die Stimme für Ihren
Wahlkreiskandidaten

Die Zweitstimme für
die CDU

Ihr Wahlkreiskandidat
der

CDU



CDU

Sie haben also *eine* Stimme für Ihren CDU-Kandidaten. Mit dieser Stimme entscheiden Sie, daß Ihr Wahlkreis durch die CDU in Bonn gut vertreten ist.

Aber: Die Zweitstimme entscheidet die Wahl.

Mit der Zweitstimme entscheiden Sie, daß die CDU die Wahl gewinnt und daß es weiter aufwärts mit Deutschland geht. Mit der Zweitstimme entscheiden Sie, daß Helmut Kohl seine Arbeit als Bundeskanzler fortsetzen kann.

Keine Experimente. Beide Stimmen für die CDU.

Aufwärts mit Deutschland Jetzt den Aufschwung wählen

CDU

II sicher
sozial
und frei

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

WAHLKAMPF-TERMINE

1. März 1983

Cochem/Mosel

Beginn: 15.00 Uhr

Rainer Barzel

1. März 1983

Tübingen

Beginn: 15.00 Uhr

Franz Josef Strauß

1. März 1983

Landau

Beginn: 16.30 Uhr

Richard von Weizsäcker

1. März 1983

Koblenz

Beginn: 17.00 Uhr

Bernhard Worms

1. März 1983

Speyer

Beginn: 18.30 Uhr

Richard von Weizsäcker

1. März 1983

Hamburg-Bergedorf

Beginn: 19.00 Uhr

Uwe Barschel

1. März 1983

Zweibrücken

Beginn: 20.00 Uhr

Ernst Albrecht

1. März 1983

Unkel

Beginn: 20.00 Uhr

Rainer Barzel

1. März 1983

Saarbrücken

Beginn: 20.00 Uhr

Helmut Kohl

1. März 1983

Siegen

Beginn: 20.00 Uhr

Manfred Rommel

1. März 1983

Auggen

Beginn: 20.00 Uhr

Franz Josef Strauß

1. März 1983

Worms

Beginn: 20.00 Uhr

Richard von Weizsäcker

1. März 1983

Adenau/Eifel

Beginn: 20.00 Uhr

Bernhard Worms

2. März 1983

Emmendingen

Beginn: 17.00 Uhr

Ernst Albrecht

2. März 1983

Wadgassen-Hostenbach

Beginn: 17.00 Uhr

Norbert Blüm

2. März 1983

Steinheim

Beginn: 17.00 Uhr

Alfred Dregger

2. März 1983

Wardenburg

Beginn: 17.00 Uhr

Walther Leisler Kiep

2. März 1983

Bad Ems

Beginn: 17.00 Uhr

Hanna-Renate Laurien

2. März 1983

Reutlingen

Beginn: 17.00 Uhr

Werner Zeyer

2. März 1983

Homburg

Beginn: 18.30 Uhr

Norbert Blüm

4. März 1983

Ludwigshafen-Stadt

Beginn: 20.00 Uhr

Helmut Kohl

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41.
Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50).
 Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId